

# **Haushaltsrede - Haushalt 2024**

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion  
in der Landschaftsversammlung Rheinland

***Jürgen Rolle***

am 13. Dezember 2023

in Köln

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Frau Landesdirektorin,  
sehr geehrter Herr/Frau ..... aus Westfalen,  
sehr geehrte Landesrätinnen und Landesräte,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

vorweg: Gute Besserung für den Kollegen Rolf Einmahl!

Heute werden wir den Haushalt 2024 des Landschaftsverbandes Rheinland verabschieden und ich bin - lassen Sie mich das vorab sagen - mit dem Ergebnis sehr zufrieden!

Wir leben in einer schwierigen Zeit, Krieg im Nahen Osten, Krieg in der Ukraine. Eine Umweltkatastrophe folgt auf die andere, die Pandemie kehrt still und leise wieder zurück.

Eine Situation, in der bei mir Hilflosigkeit vorherrscht. Ich fühle mich wehrlos und frage mich, nachdem die erste Schockstarre überwunden ist: Was kann ich tun in dieser Situation!!

Antwort: Wir können und sollten in den Bereichen, in denen wir verantwortlich sind, versuchen, gute und nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Das gilt im privaten wie auch im professionellen Bereich.

Und eine Sache, die ich - die wir tun können, ist, dafür zu sorgen, dass eine seriöse Haushaltspolitik entwickelt und umgesetzt wird, die den uns anvertrauten Menschen gute und angemessene Leistungen garantiert.

Und dafür werden wir heute durch die Beschlussfassung zum Haushaltsentwurf 2024 sorgen!

Ich habe bewusst das Wort "seriös" benutzt.

Nicht seriös ist es nämlich, wenn man den Einsatz der gesetzlich vorgesehenen Pensionsrückstellungen zur Senkung der Umlage einsetzen will, wie dies offensichtlich die AfD-Fraktion mal eben populistisch raushaut.

Stichwort: 1 Milliarde liquide Mittel aus Geldanlagen einsetzen, Antrag AfD zur Umlage  
Kein Wunder, wenn man in den Tagesthemen von einer Führungskraft der LVR-AfD-Fraktion zu hören bekommt, man müsse die Anzahl von Pushbags (was ist das schon für ein Ausdruck!) erhöhen, ich zitiere: "... egal, was der Europäische Gerichtshof dazu sagt."

Wer mal eben einen Pfeiler der europäischen Demokratien, nämlich die Gerichtsbarkeit, außer Kraft setzen will, der formuliert zur Umlage auch solch' rechtswidrige Forderungen. Doch dazu später mehr!

Diese Koalition agiert eben "seriös". Und das bedeutet, die Interessen der Menschen, die unsere Leistungen erhalten, im Auge haben, ebenso wie die Interessen der Kämmerinnen und Kämmerer unserer Mitgliedskörperschaften.

Wobei wir im kreisangehörigen Raum davon ausgehen, dass die Kreise ihre durch unseren Antrag erzeugten Minderausgaben auch an ihre Städte und Gemeinden weitergeben. Denn eins hat die Veranstaltung zur Anhörung des Haushaltsentwurfs mit dem kreisangehörigen Raum deutlich gemacht: Dieser Ebene geht es - finanziell - an die Substanz!

Und weil der von der Landesregierung angekündigte Altschuldenerlass vertagt ist, freut es uns ganz besonders, wenn wir eben (auch) diese Ebene entlasten können.

Was aber genau ist seriös in solchen Zeiten?

1. Prognostizierte Mehreinnahmen in 2024 durch verbesserte Grundlagen 1:1 weitergeben.
2. Ansätze in der Eingliederungshilfe in vertretbarer Höhe kürzen, auch auf die Gefahr hin, hier ins Defizit zu laufen.
3. Last but not least: Angemessener Einsatz der Ausgleichsrücklage.

Für uns als Koalition ist es eine Selbstverständlichkeit, das zu tun, was wir auch von unseren Kreisen fordern. Und weil sich in der Prognose die Einnahme verbessert hat, werden wir diese zusätzlichen Mittel verrechnen und die im Entwurf des Haushalts 2024 geplante Umlage entsprechend senken (das macht ca. 0,2-Prozent-Punkte aus).

Darüber hinaus verändern wir in Verantwortung für unsere Mitgliedskörperschaften die Ansätze in der Eingliederungshilfe nach unten.

Wir gehen nicht davon aus, dass die Verwaltung schlecht geplant hat - an der Stelle gehen wir ins Risiko und nehmen bewusst in Kauf, dass durch diese Maßnahme ein Defizit erzeugt werden könnte.

Und mit dem Stichwort "Eingliederungshilfe" kann ich auch direkt überleiten zu unserer dritten Maßnahme, dem Einsatz der Ausgleichsrücklage.

Mal unabhängig von der Tatsache, dass wir bei der angedachten weiteren Senkung von ca. 0,15 % hier zu einem höheren Einsatz der Ausgleichsrücklage kommen als der LWL, möchte ich auf was ganz Banales hinweisen.

Dies insbesondere, weil gerade auch aus dem kreisangehörigen Raum die Forderung immer artikuliert worden ist, die Ausgleichsrücklage müsse komplett eingesetzt werden.

Die monatlichen Leistungen in der Eingliederungshilfe liegen im Bereich von dreistelligen Millionenbeträgen. Das bedeutet, sollten wir mal - was hoffentlich nie passiert - in der Planung richtig danebenliegen, ist die hier vorhandene Ausgleichsrücklage von unter 200 Mio. Euro blitzschnell in Luft aufgelöst.

Ich verstehe die Vertreter des kreisangehörigen Raums, die uns vorhalten, dass sie das letzte Schwimmbad schließen müssen oder kaum vermittelbare Beschlüsse zu örtlichen Steuern fassen müssen, und darauf verweisen, dass wir uns diese Ausgleichsrücklage noch "leisten".

Ich kann Ihnen nur zurufen, es ist Euer Geld und es schützt Euch vor dem Ausgleich von Defiziten! Und diese können bei Kostensteigerungen leicht entstehen. Und es ist eben nicht so, dass - wie mehrfach gefordert - die Eingliederungshilfe gedeckelt werden kann.

Es sind Ansprüche von Menschen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen und eben diese Leistungen auch erhalten müssen. Und wenn sich beispielsweise die Zahl der Leistungsberechtigten erhöht, dann erhöhen sich auch die Ausgaben.

Und dass die Leistungen auch die Bedürfnisse erfüllen müssen, dafür stehen wir mit unserem Versprechen - Qualität für Menschen!

Trotzdem haben wir uns dazu entschlossen, wegen der schlechten finanziellen Lage der kommunalen Familie einen Teil der Ausgleichsrücklage einzusetzen.

Durch das Zusammenwirken dieser drei Elemente (Mehreinnahmen - Minderausgaben - Einsatz der Ausgleichsrücklage) können wir - bezogen auf den Entwurf - eine Senkung

um 0,5-Prozent-Punkte erreichen, anders ausgedrückt: ... die kommunale Familie wird um weit über 100 Mio. Euro entlastet.

Dass wir damit nahezu die von den Hauptverwaltungsbeamten artikulierten Forderungen erreichen, ist sicherlich für alle Beteiligten sehr erfreulich.

Dass die Koalition also jetzt gemeinsam mit der FDP und nach dem letzten LA auch mit den Grünen, der wir für ihre Unterstützung herzlich danken, einen Umlagesatz von 15,45-Prozent-Punkten festsetzen wird, ist das Ergebnis der seriösen Finanzpolitik der letzten Jahre.

Die Koalition ist stolz darauf und hat auch allen Grund dazu. Denn der LWL - um hier nochmal den einzig geeigneten Benchmark-Partner zu bemühen - hat im Entwurf des Haushaltes 2024 einen Umlagesatz von über 17,5 % stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus aktuellem Anlass - und auch aus Fürsorge gegenüber unserer kommunalen Familie, folgende Bitte an unser Verwaltung:

Bitte weisen Sie die Landesregierung eindringlich auf folgendes hin:

Die derzeit (bis Sommer) klaffende Lücke zur auskömmlichen Finanzierung der Kindertagesstätten, inkl. offener Ganztage kann in diesen Bereichen zu Insolvenzen und Betriebsstättenschließungen führen.

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss dann von den Kommunen sichergestellt werden, d.h., zu erwarten wären

- finanzielle Probleme
- verunsichertes Fachpersonal
- verunsicherte Eltern
- verunsicherte Kinder

Bitte weisen Sie - als LVR, als Landesjugendamt darauf hin!

Nun erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen zu den Initiativen zum Haushalt.

Ich fange an mit den zugestimmten Anträgen zum Thema "Klima".

**ein** Antrag der Grünen,

Erhöhung der Pflanzgutförderung um 20.000 Euro

Anträge der Koalition,

Nr. 128 - Ausbau Elektromobilität

Nr. 131 - Wiedervernässung von Moorflächen

Nr. 132 - Nachhaltige Ernährung

Nr. 140 - Ausbau Windkraftenergie

Nr. 144 - Mittelaufstockung zur Förderung der Rheinischen  
Naturparke

... macht deutlich, dass wir nicht nur eine Klimapartei (mehr) beim LVR haben, sondern eine parteiübergreifende Klimakoalition.

*Thema Inklusion*

Das Thema des LVR.

Neben dem Antrag der Grünen "Fachtagung FASD" - 15/122 wurden folgende Anträge der Koalition positiv abgestimmt:

- Nr. 133 - Situation Erwachsener mit Behinderung
- Nr. 134 - Impulse zum Abbau von Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung
- Nr. 135 - Inklusive Bauprojektförderung
- Nr. 138 - Fachtagung Art. 29 UN Behindertenrechtskonvention

Ich könnte jetzt weitermachen mit Gesundheitspolitik, Schulpolitik und Kulturpolitik. Und bevor Sie es anmerken: Ich weiß, dass Quantität nicht gleich Qualität bedeutet. Aber ich bin auch stolz darauf, dass die Anträge der Koalition fachlich alle gut gelungen sind!

Ärgerlich sind Änderungs- und Ergänzungsanträge, nach dem Motto: Fällt einem nicht so richtig was ein, dann guckt man sich mal die Anträge der Koalition an und macht 'ne kleine Ergänzung.

Ich picke mal einen Antrag der Koalition raus:  
Das Schulbauprogramm von CDU und SPD.  
Zunächst Ergänzungswunsch der Grünen.  
Thema: Schwimmbäder  
Ungefähr 40 Mal rauf- und runter diskutiert. Und längst ablehnend entschieden ... mehrfach!

Aber: Zu dieser Gesamtthematik der 46 LVR-Sportstätten (inklusive Schwimmbäder) haben wir im letzten LA jetzt eine einjährige Evaluationsstudie beschlossen, die den Vereinen nach Rücksprache mit dem LVR und beteiligten Kommunen die kostenfreie Nutzung ermöglicht, wenn Vereine/Kommunen bestimmte Spielregeln im Umgang mit den Sportstätten einhalten. Ich finde, dass dies ein sehr guter Vorschlag der Verwaltung ist und danke ausdrücklich den beteiligten Dezernaten.

Weiter: Zum Schulbauprogramm von CDU und SPD  
Ein Ergänzungswunsch der Linken.  
Ich zitiere: "... Ebenso ist bei den Maßnahmen (gemeint sind die Schulbaumaßnahmen) die Zielsetzung zu berücksichtigen, die schulische Inklusion zu fördern". (*Bitte dabei mit erhobener Zeigefinger!*)

Hallo? Was bitteschön tun wir seit zig Jahren? Und zwar fraktionsübergreifend!  
Was haben wir - gerade zum Schulbau - an Beschlüssen zur Inklusion gefasst.  
Zur Barrierefreiheit, zu flexiblen Klassenräumen, zu ausreichend Räumen für Pflege und Therapie.

Fazit: Ein solcher zusätzlicher Antrag einfach überflüssig ist, weil die Beschlusslage hierzu klar ist. Und zwar in Sachen pro Inklusion!

Anerkennenswert ist, dass fast alle demokratischen Fraktionen es geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag zum Deutschlandticket zustande zu bringen.  
Dafür ausdrücklichen Dank an die Fraktionen und für die Initiative der LINKE. !

Tja, und damit sind wir beim Thema "AfD, d.h. Alternative für Demokratie".

Zur Klarstellung: Wer im Zusammenhang mit Rückführungen von Flüchtlingen öffentlich bekundet, dass egal ist, was der Europäische Gerichtshof an der Stelle sagt, den wählen wir nicht zur sachkundigen Bürgerin dieser Versammlung!

Mit meiner Fraktion - und alleine für die bin ich mandatiert, zu sprechen - findet diese Wahl aktiv nicht statt!

Und sollte der Akt im Wege der Ersatzvornahme umgesetzt werden, dann werden wir die fehlende demokratische Legitimation dieses Mandates ggf. vor der zuständigen Gerichtsbarkeit geltend machen.

Kein wie auch immer gearteter erzwungener Akt kann eine vom freien Willen der Wählenden getragene Entscheidung ersetzen. Denn dann ist es keine "Wahl" mehr.

Die Mitglieder der "Alternative für Demokratie (AfD)" müssen wissen, dass wir das Fundament unseres Staates - die Demokratie - mit all ihren Rechten und Pflichten erbittert verteidigen werden!

Abschließend herzlichen Dank an alle Mitglieder des Verwaltungsvorstandes, die sich alle in ihren Bereichen sehr engagiert haben und tolle Arbeitsergebnisse vorweisen.

Ich kann sagen, die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung in diesem Verband unter der Leitung der Landesdirektorin Lubek ist wirklich beispielhaft.

Besonderer Dank gilt selbstverständlich der Kämmerin mit ihrem Team aus der Kämmererei.

Liebe Frau Hötte, vielen Dank für die stets faire und gute Beratung; auch an Sie, lieber Herr Soethout, mit der Bitte, diesen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmererei weiterzuleiten.

Für die Nachfolger jedenfalls wird es schwer. Aber ich bin mir sicher, dass auch das neue Team Hillringhaus/Wiese das sehr gut machen wird.

Und weil wir alle wissen, dass es voraussichtlich sowohl für Sie, liebe Frau Hötte, und für Sie, lieber Herr Soethout, der letzte eingebrachte Haushalt sein wird, hier nochmals ganz besonderen Dank.

Sie, Herr Soethout, werden ganz schnell fehlen, weil Sie schon ab Anfang des Jahres 2024 ausscheiden! Und wenn dann zur Mitte des Jahres der soeben gewählte Herr Hillringhaus die Dezernatsleitung übernimmt - ja, dann fehlst auch Du, liebe Renate, und dann sind zwei gegangen, denen der Verband, denen das Rheinland - auch meine SPD-Fraktion - wirklich viel zu verdanken haben.

Ganz herzlichen Dank dafür!

Bei unserem Koalitionspartner mit Rolf Einmahl an der Spitze und Frank Boss bedanke ich mich sehr herzlich, ebenso wie bei der gesamten CDU-Fraktion. So vertrauensvolle Zusammenarbeit sucht ihres Gleichen!

Und bedanken möchte ich mich auch bei meiner Fraktion, die nach anfänglichen pandemiebedingten Kennenlernschwierigkeiten solidarisch und fachlich engagiert ihren Weg gefunden hat.

Dieses Zusammenwachsen und unsere Fraktionsarbeit wäre nicht möglich ohne unser Fraktionsbüro mit Thomas Böll und Leila Soumani, die meinen/unseren Dank mehr als verdient haben!

Abschließend - sehr geehrte Damen und Herren ...

Eine Baugesellschaft aus dem Ruhrgebiet hat einen m.E. bemerkenswerten Firmenslogan: "Zukunft braucht Substanz".

Die Substanz unseres Staates ist die Demokratie! Diese gilt es zu erhalten!  
Dafür steht die SPD und dafür stehe ich!

Danke!